



Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag
2016

Jürgen Kocka

**Hunger, Ungleichheit
und Protest.
Historische Befunde**

Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag 2016

Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vorträge

herausgegeben von Walter Mühlhausen
im Auftrag der Stiftung
Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte



Stiftung
Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte

Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag 2016

Jürgen Kocka

Hunger, Ungleichheit und
Protest.
Historische Befunde

Heidelberg 2016

Prof. Dr. Jürgen Kocka (* 1941), nach dem Studium der Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Germanistik, Soziologie, Philosophie 1969 Promotion, 1972 Habilitation, 1973–1988 Professor an der Universität Bielefeld und 1988–2009 an der Freien Universität Berlin. Er war u. a. Direktor am Berliner Kolleg für Vergleichende Geschichte Europas (1998–2009) und Präsident des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2001–2007). Derzeit ist er Permanent Fellow des Kollegs „Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlichen Perspektiven“ an der Humboldt-Universität zu Berlin. Professor Kocka, dem mehrere Universitäten die Ehrendoktorwürde verliehen haben, ist Mitglied zahlreicher internationaler Akademien. Für seine herausragenden Studien vor allem im Bereich der Sozialgeschichte wurde er mehrfach ausgezeichnet, u. a. 1992 mit dem Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Preis und 2011 mit dem Internationalen Holberg Gedenkpreis.

Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um den 9. Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag, den Prof. Dr. Jürgen Kocka am 10. Februar 2016 im Friedrich-Ebert-Haus in der Heidelberger Pfaffengasse gehalten hat.

Fotos: H & B Pressebild Pfeifer, Wiesloch (4), Stiftung (2)

Reihe „Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vorträge“, herausgegeben von Walter Mühlhausen im Auftrag der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte (Heidelberg).

©2016 Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte

Untere Str. 27

D – 69117 Heidelberg

Tel.: (06221) 9 10 70

Fax: (06221) 91 07 10

Internet: <http://www.ebert-gedenkstaette.de>

E-Mail: friedrich@ebert-gedenkstaette.de

Redaktion: Prof. Dr. Walter Mühlhausen

Realisation: gschwend_grafik, Mannheim

Druck: Druckerei Maulbetsch GmbH

Logo: © Hühnlein & Hühnlein, Eching am Ammersee

Die Stiftung wird gefördert aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

ISBN 978-3-928880-50-3

Vorwort

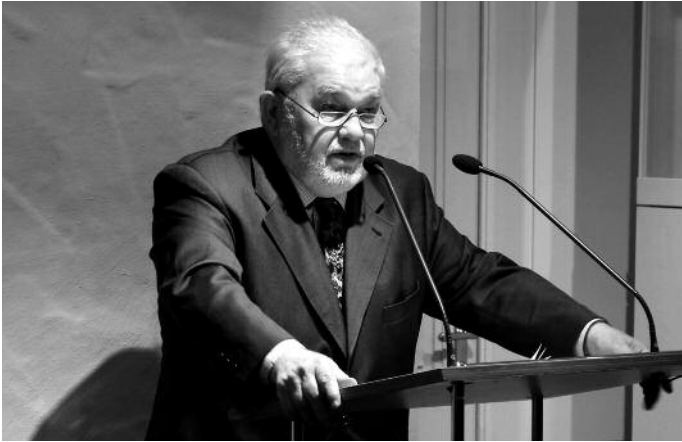
Mit dem jährlichen Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag erinnert die Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte an Leben und Werk ihres Namensgebers mit Themen, die seinerzeit den Sozialdemokraten und Staatsmann beschäftigten, die aber auch heute noch diskutiert werden und von zentraler Bedeutung sind.

Mit Blick auf die Zeit des Ersten Weltkrieges stellt die Stiftung ihre Arbeit im Jahr 2016 unter das Leitmotiv „Hunger und Protest“. Der SPD-Parteivorsitzende Friedrich Ebert übernahm bei Kriegsende 1918 im Zeichen des Rufes nach Frieden, Freiheit und Brot politische Verantwortung. So war bei allem Bemühen um die Errichtung einer demokratischen Neuordnung seine Hauptsorge in den Revolutionsmonaten 1918/19 und auch als Reichspräsident, die Ernährung der ausgemergelten Bevölkerung zu sichern.

Im Rahmen des Jahresthemas bewegte sich der 9. Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag, den mit Prof. Dr. Jürgen Kocka einer der renommiertesten deutschen Historiker am 10. Februar 2016 im Friedrich-Ebert-Haus in Heidelberg gehalten hat. Sein umfassender Überblick zeigt den Zusammenhang von Hunger und Protest in den letzten Jahrhunderten bis in unsere Tage auf. Dabei beleuchtet er auch, wie die Hungerproteste in den Anfangsjahren der Weimarer Republik die rechtsextreme Kritik an der jungen Demokratie, deren entschiedenster Verteidiger der erste Reichspräsident Friedrich Ebert war, beförderten.

Es bleibt Aufgabe unserer Stiftung, über den historischen Diskurs die Erinnerung an Friedrich Ebert, den Mitbegründer der ersten deutschen Demokratie, wachzuhalten, die Geschichte seiner Zeit zu vermitteln und über eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit unsere Grundwerte zu stärken.

Prof. Dr. Walter Mühlhausen
Geschäftsführer



Hunger, Ungleichheit und Protest. Historische Befunde

Jürgen Kocka

Hunger ist weit verbreitet. Nach der Definition und den Statistiken der Vereinten Nationen ist es zwar zwischen 1990 und 2015 gelungen, den Anteil der Hungernden von 19 auf 11 % der Weltbevölkerung zu drücken. Doch handelt es sich immer noch um fast 800 Millionen Menschen. Davon leben 500 Millionen, also mehr als die Hälfte, im subsaharischen Afrika und in Südasien. Die Verringerung der Armut gelang in den letzten 25 Jahren vor allem in Ostasien, Südostasien und Lateinamerika, viel weniger dagegen in Afrika, während in Westasien, also im Nahen und Mittleren Osten, die Verbreitung des Hungers im selben Zeitraum deutlich zunahm. Täglich sterben Tausende an Hunger oder unmittelbar damit zusammenhängenden Ursachen.

Seit den 1970er Jahren wächst die Ungleichheit wieder, nämlich die Ungleichheit der Einkommen, Vermögen und Lebenschancen innerhalb der einzelnen Gesellschaften. Während die Unterschiede zwischen den Gesellschaften und Weltregionen in puncto Wirtschaftskraft und Wohlstand im Zuge der Globalisierung abgenommen haben – nicht zuletzt dank der erfolg-

reichen Aufholjagd Ostasiens seit den achtziger und neunziger Jahren –, blieben große Teile Afrikas weiter zurück. Verbreiteter Hunger und wachsende Ungleichheit, weltweit ungleich verteilt – haben sie etwas mit den anschwellenden Konflikten, Kriegen, Flüchtlingsströmen und gefährlichen Destabilisierungen zu tun, die uns derzeit plagen und die ebenfalls in einigen Krisenregionen – darunter der Nahe und Mittlere Osten sowie große Teile Afrikas – heftiger auftreten als in anderen Teilen der Welt? Im Folgenden geht es nur um einen Teilaspekt dieses großen Problems, nämlich um die Frage, wie Nahrungsmittelknappheit und Hunger zu Unruhen, Protesten und sozialen Bewegungen führen, welche Rolle Ungleichheit dabei spielt und wie staatliche Instanzen darin involviert sind. Wenn Sie einen Historiker einladen, zu diesen Fragen zu sprechen, müssen Sie damit rechnen, dass er Ihnen Blicke über längere Zeiträume hinweg zumutet. Aber ich verspreche Ihnen, wir landen in der Gegenwart.

I.

Beginnen wir mit einem Blick in die „hungrigen“ 1840er Jahre. Das war das Jahrzehnt, in dem der Pauperismus in großen Teilen des europäischen Kontinents sein höchstes Niveau erreichte. Die Bevölkerung wuchs, die Industrialisierung hatte noch kaum begonnen, der Nahrungsspielraum verengte sich, und 1847 kamen die Auswirkungen einer Erntekrise dazu, die sich zur allgemeinen Wirtschaftskrise steigerte. Die Not war groß. Ein Jahr später sollte in Europa die Revolution ausbrechen.

Dem Sozialhistoriker Manfred Gailus verdanken wir eine genaue Untersuchung der sozialen Proteste dieser Zeit. Von den

104 Unruhen jedweder Art, die er für Preußen im Jahr 1847 feststellen konnte, waren 84, also gut 80 %, Subsistenzunruhen, Proteste also, die durch Mangel und Teuerung von Nahrungsmitteln (oder durch die Furcht davor) hervorgerufen wurden und darauf gerichtet waren, durch demonstrative Akte, Selbsthilfeaktionen oder Einfluss auf die Politik die Versorgung mit Nahrungsmitteln zu verbessern. Ein Beispiel:

„Als am Morgen des 24. April 1847 Einwohner der kleinen Tuchmacherstadt Schwiebus (Provinz Brandenburg) auf dem Marktplatz wegen der kaum noch erschwinglichen Nahrungsmittelpreise begannen, Kartoffelsäcke der Bauern auszuschütten, war dies der Auftakt zu einer Revolte von beeindruckender kommunaler Reichweite. Den ganzen Tag über durchzogen größere Gruppen die Stadt und das nähere Umland und ‚beschlagnahmten‘ bei Gutsbesitzern, Händlern und Gastwirten Lebensmittelvorräte, die großenteils vor das Rathaus geschafft wurden, um dort für einen als angemessen erachteten Preis verkauft zu werden. Mindestens jeder fünfte aller in dieser Stadt von knapp 5000 Einwohnern möglichen Teilnehmer (Jugendliche und Erwachsene) hatte sich aktiv an dem Aufspüren noch vorhandener Lebensmittelvorräte beteiligt.“ (Gailus 1994, S.

181)

Zu solchen Aktionen kam es in großer Zahl an verschiedenen Orten. Die Forschung unterscheidet zwischen (a) price riots oder taxation populaire, in der sich die Protestierenden die Waren nahmen und öffentlich verkauften, nachdem sie einen aus ihrer Sicht gerechten, jedenfalls niedrigeren Preis festgesetzt hatten; (b) Angriffen auf Läden und Speicher, auch Mühlen und Wirtshäuser mit Plünderung oder der Forderung nach niedrigeren Preisen; schließlich (c) „Exportblo-

ckaden", denn als elementare moralische Regel galt: Am Ort erzeugtes Getreide hatte am Ort zu bleiben und zunächst den unmittelbaren Bedürfnissen der ortsansässigen Bevölkerung zu dienen, bevor eventuell der Überschuss verkauft, abtransportiert und exportiert werden durfte. Oft traten diese verschiedenen Protestformen zusammen auf. So begann beispielsweise die zweitägige Berliner „Kartoffelrevolution“ (21./22. April 1847), während der ca. 300 Personen verhaftet wurden (von denen 107 vor Gericht kamen), als Marktkrawall, weitete sich dann aber zu einem stadtweiten Angriff auf jene Läden aus, die dem alltäglichen Bedarf an Nahrungsmitteln dienten. In Landsberg/Warthe stand zu Beginn der Versuch einer Blockade von Kartoffelwagen an der Warthebrücke, anschließend zogen Trupps durch die Stadt, um Nahrungsmittelvorräte zu „beschlagnahmen“, tags darauf folgten Unruhen auf dem Wochenmarkt. 30 Bäckerläden wurden demoliert. Es wurde geplündert. Anderswo richteten sich die Angriffe auch gegen die lokalen Obrigkeiten einschließlich von Gutsherrschaften, nicht aber gegen den König und also nicht gegen das politische System insgesamt. Die Unruhen traten in Städten wie in ländlichen Regionen auf: sehr häufig in den ostelbischen Provinzen Preußens, seltener dagegen in Rheinland und Westfalen, dem gewerblich fortgeschrittenen Westen des Königreichs.

Träger der Unruhen waren kleine Leute, meist unorganisiert, Handwerker und darunter vor allem Gesellen, Arbeitsleute, Arbeitslose, Landarbeiter und ländliche Unterschicht, Ziegeleiarbeiter, Weber – nicht nur Junge, sondern auch viele Ältere (im brandenburgischen Schwiebus betrug das Durchschnittsalter der identifizierten „Tumultuanten“ knapp 34 Jahre), nicht nur Männer, sondern auch viele Frauen und Kinder.

Manfred Gailus schreibt, in Schwiebus protestierten „brave

Rebellen wider Willen". Sie verhielten sich unsicher, teils rebellisch, teils subaltern. Sie holten sich, was sie brauchten, weil ihrer Meinung nach die Obrigkeit ihre Pflicht nicht wahrnahm, weil sie ihnen in dieser Zeit des Mangels und der Teuerung – die Nahrungsmittelpreise hatten sich in den letzten Jahren verdoppelt bis verdreifacht! – nicht half. Sie nahmen und protestierten guten Gewissens. Andernorts fand sich härtere Beutementalität, herausforderndes Auftrumpfen in der Öffentlichkeit. „Ob ich heute oder morgen an den Galgen



Bis zum letzten Platz gefüllt: das Atrium des Friedrich-Ebert-Hauses beim 9. Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag.

komme, das ist ganz gleich" – solche Deklamationen, bissiger Spott, Sarkasmus, überzogene theatralische Verzweiflungsgesten gehörten zu den Expressionen eines im rebellischen Überschwang zelebrierten Straßenspektakels (Gailus 1994, S. 186). 50 % der in Landsberg verhafteten „Tumultuanten" waren vorbestraft, meist wegen Eigentumsdelikten. Die Verhältnisse variierten also sehr stark von Fall zu Fall.

Solche food riots traten in Westeuropa vom 17. Jahrhundert bis ins frühe 19. Jahrhundert massenhaft auf, oft in Verbindung mit anderen Protestformen wie Maschinenstürmen oder Streiks. Besonders für Frankreich und England sind sie sehr gut

untersucht. Sie traten nicht nur, doch gehäuft in Jahren der Krise, der Teuerung und des Mangels auf. Hunger war ein wichtiges Motiv, man führte einen Kampf ums tägliche Brot, ums Überleben angesichts von Arbeitslosigkeit, sprunghaft steigenden Preisen und trotzdem drückenden Abgaben an die Obrigkeit. Ich zitiere einen Tagelöhner aus dem württembergischen Scheppach, der 1817 in Heilbronn das Schiff bestieg, um nach Holland und von dort nach Amerika zu gelangen:

„Ich habe 15 Tag kein Brod im Haus gehabt, worauf mir meine Ortsvorsteher drei Simri Frucht auf Abverdienen geliehen. Nun habe ich aber auch kein Holz und kein Geld im Haus gehabt, und in der Not wie meine Kinder mir keine Ruhe gelassen haben, bin ich morgens vor Tag in den Wald gegangen und habe Holz geholt. Beim Heimgehen begegnete mir der Jäger Pursch. [...] [Es kam zur Verurteilung wegen Waldfrevels – J. K.] Das hat mich bewogen, mein Vaterland zu verlassen. Man drückt ja die Leute, daß es nicht mehr zum Aushalten ist. Ich habe im vorigen Spätjahr meine Frucht (d. h. mein Getreide) verkaufen müssen, um meine Holzschuldigkeit zu bezahlen, weil der Presser gleich vor der Thüre steht und man ihm 20 Bazen bezalen muß, wenn er einen allein presst. Man geht fort, nur um von dem Elend wegzukommen.“

(Medick 1985, S. 42)

Doch in den food riots drückte sich mehr aus als bloße Not, Hunger und Darben. Oft – nicht immer – glaubten die Protestierenden mit ihren Protesten moralische Grundsätze zu verteidigen, die sie durch Händler, Kaufleute, Spediteure, Müller, Spekulanten und manchmal auch durch die Obrigkeit verletzt sahen: z. B. den „gerechten Preis“, das Gebot der gegenseitigen Hilfe in der Gemeinde, das Recht auf ehrbare Nahrung statt sich mit „Rohem“ und „Unreinem“ durchschlagen

zu müssen, etwa mit gesammelten Kräutern, Wurzeln und Wildgemüse oder Pferde-, Hunde- und Katzenfleisch. Hans Medick, der über den Scheppacher Fall berichtet, schließt die folgende Interpretation an: „Letztenendes ging es mit der Behauptung dieses Rechts auch um die Erhaltung eines herkömmlichen Zusammenhangs von Arbeit, Nahrung und zubereitetem Essen, um die Verteidigung der Autonomie, des sozialen Status und der Ehre im lokalen Zusammenhang, um Freiheit von der Schande, als arm zu gelten.“ (Medick 1985, S. 44) Der englische Sozialhistoriker Edward P. Thompson hat die „moralische Ökonomie“ der kleinen Leute im England des 18. Jahrhunderts analysiert, deren Verteidigung gegen sich durchsetzende Kommerzialisierung einerseits und gegen zunehmend zentralisierende Regeln der staatlichen Behörden andererseits die volkulturelle Widerstandshaltung prägte, die in den food riots zu Tage traten.

Eric Hobsbawm hat vom „collective bargaining by riot“ gesprochen, frei übersetzt: von Tarifverhandlungen durch Tumulte. Tatsächlich führten solche Unruhen nicht nur, wie so häufig, zu Verhaftungen und Gefängnisstrafen, sondern auch zur Linderung akuter Not, zu punktueller Umverteilung und behördlichen Konzessionen. Vor allem wirkten crowd riots als Warnungen an die Mächtigen, den Bogen mit Steuern und Abgaben nicht zu überspannen, sondern eher in öffentlichen Speichern und Depots für Krisenjahre vorzusorgen und im Ernstfall mit öffentlichen Mitteln zusätzliches Getreide einzuführen, um den Volkzorn zu besänftigen, akut oder antizipierend. Nahrungskonflikte, Hungerrevolten, Subsistenzunruhen dieser Art – die Begriffe im Deutschen schwanken, im Englischen hat sich food riots durchgesetzt – dienten als Treibsatz, manchmal als Auslöser und Beschleuniger, oft als unterschwellige Strömung in den Umstürzen der Zeit, auch

auf den Straßen von Paris, Wien und Berlin 1789 und 1848/49, also in Revolutionen, die auf viel mehr und anderes zielten als auf die Stillung von Hunger und die Linderung von Not. Bargaining by riot blieb also nicht folgenlos. Aber die einzelnen Tumulte und Ausbrüche fielen nach kurzer Zeit wieder in sich zusammen oder wurden unterdrückt. Die sozial meist sehr heterogenen protestierenden Mengen (crowds) gingen in der Regel bald wieder auseinander oder wurden auseinander getrieben. Nachhaltige soziale Bewegungen gingen aus ihnen nicht hervor, Organisationen erst recht nicht.

II.

Im Ganzen handelte es sich um ein frühneuzeitliches Phänomen. Doch seine Ausläufer reichten bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus, dies jedenfalls im deutschen Bereich, in dem food riots nie die große und dominante Rolle gespielt haben wie in Westeuropa, vielleicht weil hier in Landwirtschaft und Gewerbe herkömmliche (nämlich ständische und feudale) Strukturen länger überlebten und die Kommerzialisierung des Landes sich später durchsetzte als in Westeuropa – was andere Protestformen begünstigte; vielleicht auch weil sich im hochgradig dezentralisierten deutschen Bereich Herrschaften und Regierungen öfter für den Schutz der kleinen Leute engagierten. Vielleicht fehlt es auch nur an gründlicheren Untersuchungen. Doch die Forschung ist sich darüber einig, dass Hungerproteste und Subsistenzunruhen seit dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts in Europa – jedenfalls im Westen und in der Mitte Europas – erkennbar in den Hintergrund traten, und zwar nicht nur in der Wahrnehmung der Zeitgenossen (und der Historiker),

sondern wohl auch in der historischen Realität.

Denn einerseits beobachten wir – mit der sich durchsetzenden Industrialisierung und dem mit ihr verbundenen Wirtschaftswachstum – die allmähliche Überwindung des Pauperismus, also der tiefsten Armut der vorangehenden Jahrzehnte und einen allmählichen Zuwachs an Kaufkraft und Lebensstandard, der sehr ungleich verteilt war, aber auch das Leben der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land verbesserte. Die landwirtschaftliche Produktion wurde effektiver und wuchs, ihre Unregelmäßigkeiten konnten dank verbesserter Verkehrsverhältnisse nun leichter ausgeglichen werden, ihre Krisenhaftigkeit ließ nach. Allmählich wurde, seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, im größten Teil Europas der Hunger als Massenphänomen überwunden.

Zum anderen traten mit der Industrialisierung, dem Aufstieg von Lohnarbeit und der Arbeiterklassenbildung andere Protestformen wie Streiks in den Vordergrund – Protestformen, die viel stärker mit der Produktions- als mit der Konsumtionssphäre verbunden waren und zunehmend verfassungsmäßige Kanäle der Einflussnahme fanden, die früher gefehlt hatten. Die sozialen Proteste wurden organisierter, von Organisationen wie Vereinen, Gewerkschaften und Parteien getragen. Sie wurden geplanter, und zwar über den Augenblick und den lokalen Bereich hinaus, in dem die meisten food riots stattgefunden hatten. Hobsbawm spitzt es zu: die Proteste des „klassischen Mobs“ seien durch die Aktionen der Arbeiterklasse ersetzt worden (Hobsbawm 1959, S. 124). Die Sorge und der Kampf ums Überleben, um die Ernährung und Versorgung dauerten zwar fort, aber sie wurden nunmehr in die umfassenderen und anders akzentuierten Protestziele der sozialen Bewegungen und insbesondere der Arbeiterbewegungen einbezogen. Hungerrevolten wurden nach 1870 auch im

deutschsprachigen Bereich unzeitgemäß. Thomas Lindenberger hat die „Straßenpolitik“ in Berlin zwischen 1900 und 1914 untersucht und dabei ein sample von 405 Unruhen zusammengestellt. Unter diesen 405 Unruhen fand er lediglich eine veritable food riot-Aktion.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass sich nun – in Deutschland war dies die Epoche des Kaiserreichs – der Markt und der Anstaltsstaat mit seinen Regeln und Disziplinierungsmöglichkeiten durchsetzten und im Kern von einer wachsenden Zahl akzeptiert wurden. Damit hörte das auf, zentraler Stein des Anstoßes zu sein, woran sich in der Übergangszeit des 17. und 18. Jahrhunderts die Hungerproteste und Subsistenzunruhen vor allem entzündet und gerieben hatten.

Die deutsche Arbeiterbewegung entstand nicht aus der Tradition der Hungerproteste und Subsistenzunruhen, sie entstand nicht als Konsumenten-, sondern eben als Arbeiterbewegung. Als kontinuierlich-nachhaltige Massenbewegung in Form von Gewerkschaften, Vereinen, Genossenschaften, kulturellen Milieus und Parteien bildete sie sich seit den 1860er Jahren heraus. Sie entstand erst, als die schlimmste Armut überwunden wurde, zunächst allmählich, dann ab 1914 zu immer schneller. Sie war nicht eine Bewegung der Ärmsten und Hungernden, sondern der aufstrebenden Arbeiter, die zwar ebenfalls nicht wohlhabend waren und vor allem nicht gesichert, sondern in fortdauernder Verarmungsgefahr lebten, aber meist nicht zu den Allerärmsten gehörten. Die Armut ihrer Klientel geißelten zwar auch Bebel und Liebknecht, später Ebert und Scheidemann. Aber sie taten es als Teil ihres Angriffs auf die verbreitete ökonomische, soziale und politische Ungleichheit und mit der Forderung nach Selbstbestimmung und Mitbestimmung, nach zukunftsgerichteter Emanzipation, auf be-

ruflich-klassenspezifischer Basis, organisiert und mit langfristig angelegten Programmen. Damit unterschied sich die Arbeiterbewegung grundsätzlich von der alten Bewegung der crowds und der riots.

Was die Bürger und die Herrschenden am Ende des 19. Jahrhunderts fürchteten, war jedenfalls in Deutschland nicht mehr der spontane Aufstand der hungrigen Armenbevölke-



Neben der Büste von Friedrich Ebert: Festredner Prof. Dr. Jürgen Kocka.

rung, sondern das organisierte Proletariat und sein Klassenkampf. Die neuen Sozialversicherungsgesetze, mit denen noch unter Bismarck der Aufstieg des Sozialstaats begann, wendeten sich dann auch nicht an die Armen, sondern an die Arbeiter – und die beiden Kategorien traten immer deutlicher auseinander.

III.

Doch dies war kein unaufhaltsamer Trend. Ich springe ins Jahr 1917, also ins dritte Jahr des Großen Krieges und lese Ihnen ein längeres Zitat aus einem internen, nicht für die Veröffentlichung bestimmten Bericht der militärisch geführ-

ten Kriegsamtsstelle Danzig an ihre vorgesetzte Behörde in Berlin vor:

„Kartoffeln alter Ernte sind seit über Monatsfrist nicht mehr zu haben und die Ersatzlieferungen von Brot und Mehl sind insbesondere für die arbeitende Bevölkerung durchaus unzureichend. Daher ist die Nachfrage nach Frühkartoffeln und Gemüse ungemein stark. Die ganz geringen Anfuhrer, die auf den Markt kommen, werden von den erregten Hausfrauen überstürmt. Falls nicht gleich ein ausreichender polizeilicher Schutz vorhanden ist, wird den Landleuten und Wiederverkäufern in brutalster Weise ihre Ware entrisen. Um sich einer derartigen Behandlung nicht erneut auszusetzen, bleiben die Landleute mit ihren Erzeugnissen dem Markte fern und verkaufen diese bereits daheim auf ihrer Scholle. Zu Hunderten pilgern daher die Stadtbewohner aufs Land, um sich mit Kartoffeln und Gemüse zu versorgen. Abgesehen davon, dass bei diesen Massenwanderungen unmittelbar auf den Kartoffel- und Gemüsefeldern recht erhebliche Verwüstungen der angebauten Flächen vorkommen und die Landleute von ihrer z. Z. sehr drängenden Arbeit abgehalten werden, schrecken diese Kartoffel- und Gemüsepilger auch nicht vor Felddiebstählen zurück. Sowohl hierbei wie auf den Märkten spielen sich daher sehr hässliche Szenen ab. Die erregten Frauen tragen die erbitterte Stimmung heim und übertragen diese in aufreizender Weise auf ihre von der Arbeit heimkehrenden Familienmitglieder, die sie wieder in die Fabrikbetriebe weitertragen.“
(Kocka 1973, S. 41 f.)

Solche Berichte hörten im Laufe des Krieges nicht mehr auf. Der Erste Weltkrieg führte in Deutschland zu einer enormen Verarmung der breiten Bevölkerung. Das mittlerweile auf

ausgiebige Nahrungsmiteleinfuhr angewiesene Land litt unter dem Wirtschaftskrieg und der Blockadepolitik der gegnerischen Mächte. Die Produktion wurde auf die Herstellung von Waffen, Munition und anderen kriegswichtigen Gütern umgestellt. Die Landwirtschaft und die Konsumgüterindustrien litten – trotz des massiven Einsatzes von Frauen und Fremden – an fehlenden Arbeitskräften und zu kurz kommenden Instandsetzungsinvestitionen. Der bis 1913 kräftig



Traditionelle Kranzniederlegung am Grab von Friedrich Ebert auf dem Bergfriedhof von Heidelberg am 11. Februar 2016: Kuratoriumsmitglied Dr. Joachim Gerner, Bürgermeister der Stadt Heidelberg, spricht (Mitte). Es folgen Gedenkworte von Dr. Anja Kruke für die Friedrich-Ebert-Stiftung (5.v.r.) und von Dr. Hanspeter Blatt (3.v.r.), Vorsitzender des Vorstands, für die Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte.

verbesserte Lebensstandard der breiten Massen erlitt einen tiefen Rückschlag und fiel zurück auf frühindustrielles Niveau. Im „Kohlrübenwinter“ 1916/17 erreichte die Aufgebrachtheit über den schieren Mangel an Lebensmitteln, insbesondere an Fett und Kartoffeln sowie in zweiter Linie über die Knappheit an Brennstoffen ihren Höhepunkt. Die Kürzung der Brotration auch für Schwerarbeiter im April 1917 trug entscheidend zum Ausbruch des Aprilstreiks bei, an dem allein in Berlin ca.

200.000 Arbeiter in ungefähr 300 Betrieben (besonders Munitionsbetrieben) beteiligt gewesen sind.

Die zunehmende Verbitterung über wirtschaftliche Not verband sich einerseits mit zunehmender Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht, zum anderen aber mit Ressentiments gegen die Privilegierten, mit Enttäuschung über ausbleibende politische Reformen (des in Preußen gültigen Dreiklassenwahlrechts zum Beispiel) und besonders mit sozialer Kritik an der ausgeprägten Ungleichheit der Lebenschancen. Das Leiden an Not und Hunger verband sich nun noch stärker als in früheren Jahrzehnten mit dem Protest gegen die als ungerecht wahrgenommene Ungleichheit, und dies nicht von ungefähr. Denn zum einen nahm die ökonomische und soziale Ungleichheit im Krieg tatsächlich zu, es gab Kriegsgewinnler unter Produzenten und Händlern, und es gab den Schwarzmarkt, über den man sich weiterhin mit allem ausstatten konnte, was das Herz beehrte, sofern man die nötigen Mittel besaß. Zum anderen aber hatte in den letzten Jahrzehnten und erst recht in den Jahren des Kriegs eine Demokratisierung der Erwartungen stattgefunden und zu gesteigerter Sensibilität gegenüber beobachtbaren, aber als ungerechtfertigt beurteilten ökonomischen und sozialen Unterschieden geführt.

Im Juli 1918 gab das Magdeburger Generalkommando folgenden internen Bericht nach Berlin weiter:

„Der frühere große Riss zwischen arm und reich, den die Kriegsbegeisterung der ersten Zeit ziemlich geschlossen hatte, klafft je länger desto mehr wieder auseinander. In den ärmeren Bevölkerungsschichten hat sich gegen die Reichen und namentlich gegen die sogenannten Kriegsgewinnler ein geradezu schädlicher Hass aufgestapelt, von dem man nur wünschen kann, dass er nicht doch

einmal zu einer furchtbaren Entladung kommt. Veranlasst ist dieser Hass weniger durch den Besitz des Reichtums an sich, sondern weil die einzelnen Kreise der Bevölkerung bei fast unbeschränkt zur Verfügung stehenden Geldmitteln es sich ermöglichen können, sich nicht allein auskömmlich, sondern sogar gut zu ernähren und sich mit fast jedem Luxus zu umgeben, während der größte Teil der Bevölkerung tatsächlich darben und hungern muss. Fast alle Verfügungen der Obrigkeit werden jetzt unter dem Gesichtswinkel zu kritisieren versucht, dass sie nur den Reichen nutzen und die Armen schädigen."

(Kocka 1973, S. 45)

Die Kriegsgewinne, die Schwarzmarkterfolge, die sichtbaren Vergnügungen der Reichen zeigten es sehr deutlich: Diese hatten nicht teil an der allgemeinen Not, ja, sie nützten sie für sich aus und vergrößerten sie dadurch. Im Krieg wild ins Kraut schießende Gerüchte übertrieben bald diesen durchaus realen Zusammenhang, etwa wenn im Winter 1916/17 in der Arbeiterschaft eines Berliner AEG-Betriebes die Mär umging, die Kronprinzessin bade in Milch, während Kleinkinder keine Milch erhielten. Teils in berechtigter, teils in unberechtigter Weise wurde so von vielen Knappheit als Übervorteilung und Not, nicht als kriegsbedingtes Unglück, sondern als angetanes Unrecht empfunden. Die Privilegierten, die Herrschenden erschienen dafür verantwortlich. Die Unzufriedenheit mit wirtschaftlichem Mangel verschmolz so mit sozialem Ressentiment und Protest. Erst so wurde sie politisierbar und zu einer wichtigen Bedingung der Revolution von 1918/19. Ähnliches lässt sich für den Ausbruch der russischen Oktoberrevolution von 1917 zeigen.

In den folgenden Jahren der in Deutschland fortbestehenden Mangelwirtschaft, der sich überschlagenden Inflation, des

Bürgerkriegs und der sozialen Verwahrlosung vertieften sich diese Erfahrungen noch: Die verbreitete Not und die Erbitterung über die als ungerecht gedeutete Ungleichheit entluden sich immer wieder in spontanen und oft auch gewalttätigen Protesten gegen „Wucherer“, „Schieber“ und „Inflationsgewinnler“, jetzt häufig verbunden mit antisemitischen Verleumdungen und Ausschreitungen. Subsistenzfragen ließen 1920 selbst gemäßigte Gewerkschaftskreise zum Generalstreik drängen und gar an bewaffnete Aufstände denken. Die Bekämpfung von Inflation und „Wucher“ rückte ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Dazu sollten die Preisfestsetzung durch die Behörden, aber auch die Etablierung von Standgerichten ohne Revisionsmöglichkeit wie die Zurschaustellung von vermeintlichen Tätern am „Pranger“ und die Veröffentlichung der Namen in Zeitungen dienen. Es finden sich zahlreiche Berichte über Geschäftsplünderungen. Ich folge der Schilderung Martin Geyers: „Anfang November 1923 raubten aufgebrachte, wohl auch aufgehetzte Berliner Arbeitslose jüdisch aussehende Passanten auf offener Straße aus und plünderten im jüdischen Scheunenviertel in pogromartigen Aktionen Bäcker-, Fahrrad- und Kleidergeschäfte. Nicht nur in Berlin randalierten Frauen in den Geschäften und Markthallen, warfen Stände um und holten sich, was mit Papiermark oft nicht bezahlbar war. [...] In größeren Städten versuchte die preußische Regierung mit ‚fliegenden Marktgerichten‘ zur schnelleren Aburteilung von ‚Preistreibern‘ die Kontrollausschüsse wütender Konsumenten in Schranken zu halten.“ Selbsthilfegruppen bildeten sich, um nach eigenem Urteil und aufgrund eigener, gesetzlich nicht gedeckter Entscheidung an Ordnungsfunktionen wahrzunehmen, was die staatlichen Instanzen – angeblich? – versäumten. Es drohte der Bürgerkrieg.

Anti-kapitalistische und anti-demokratische Rhetorik verbanden sich in diesem erneuten „Kampf um das tägliche Brot“. Letztlich wurde der Staat, und das hieß: die Republik für Mangel und Ungerechtigkeit verantwortlich gehalten, und damit der Boden bereitet für Forderungen nach einem anderen Staat mit einem starken Führer. Bei Anderen verbreitete sich Apathie, Hoffnungslosigkeit und ein Gefühl der Ohnmacht. Wie die Kommunistin Larissa Reissner enttäuscht kommentierte, verhielt sich die Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft passiv und abwartend. Sie klammerten sich „gierig an ihr Stück Brot, an ihr gemütliches Heim, an ein Pfund Margarine“, auch wenn sie für diese Margarine noch so viele Stunden arbeiten mussten. Die „Magenfrage“ war von zentraler Bedeutung, und sie verhinderte die von links erhoffte Solidarisierung breiter Bevölkerungsschichten (Geyer 1994, S. 344).

Die Einführung der Rentenmark seit November 1923 leitete die Währungsstabilisierung, eine schmerzhaft Deflationspolitik und den Übergang zu einigermaßen geordneten Verhältnissen ein – bis die Weltwirtschaftskrise, die Verwüstungen durch den Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg erneut die Zivilisation ins Wanken brachten. Martin Geyer schließt seine Darstellung „Teuerungsprotest und Teuerungsunruhen 1914–1923“ mit einer grundsätzlichen Reflexion ab: Er fragt, ob nicht die „eigentümlich vormodern anmutenden Protestformen“ jener Jahre zeigen, dass das Industriezeitalter „eben keine Einbahnstraße in die ‚Moderne‘ darstellt“. Und er merkt an, „wie ungesichert letztlich das ist, was wir gemeinhin als ‚modernes‘ Verhalten betrachten, und wie sehr dieses soziale Handeln im Grunde durch Rahmenbedingungen determiniert ist, die wir in der Regel nicht hinterfragen und die der einzelne nicht gestalten kann“. (Geyer 1994, S. 345)

IV.

Die food riots – Subsistenzunruhen – waren nicht auf Europa beschränkt. Über die Jahrhunderte fanden sie etwa auch in China statt. Dort wandten sie sich im 17., 18. und 19. Jahrhundert nicht so sehr gegen die Marktprozesse und Kaufleute als vielmehr gegen staatliche Behörden, die ihren Auftrag zur Sicherung der Versorgung ernst nahmen, aber Hungersnöte nicht verhinderten oder nicht verhindern konnten. Chinesische Behörden legten eine Vielzahl von Getreidespeichern an, verteilt übers Land. Besonders häufig waren food riots lokaler Bauern und Konsumenten, die den staatlich organisierten Abtransport von Reis und anderen Nahrungsmitteln aus der jeweiligen Lokalität in andere, nach Meinung der Behörden noch bedürftigere Regionen gewaltsam verhinderten, ganz ähnlich den Blockaden von Schiffen und Fuhrwerken im frühneuzeitlichen und früh-industriellen Europa.

Hungersnöte waren in China endemisch, die Proteste dagegen konnten weitreichend sein und Dynastien destabilisieren. Unterdrückt wurden alle Formen von Widerstand in der kommunistischen Volksrepublik, als Mao herrschte und seine Politik des „Großen Sprungs nach vorn“ in den 1950er und 60er Jahren zu einer riesenhaften Hungersnot mit vielen Millionen – Schätzungen belaufen sich auf 45 Millionen – Opfern führte. Hungerproteste fanden trotzdem statt als Angriffe auf Speicher und Getreidezüge, als Brandstiftung und als Gewalt gegen Bauern mit tödlichem Ausgang. Eine volle Übersicht fehlt. Seit den 1980er Jahren hat die zunehmend kapitalistisch wirtschaftende Volksrepublik den massenhaften Hunger, so scheint es, nachhaltig überwunden.

Hungerkrisen sind über die Jahrhunderte weltweit aufgetreten. Sie waren im 19. und 20. Jahrhundert unter dem Einfluss

von ökonomischer Rückständigkeit, Kolonialisierung und Imperialismus in Asien – vor allem auf dem indischen Subkontinent! –, in Afrika und Lateinamerika viel häufiger, verbreiteter und bedrückender als in Europa, wo akuter Hunger als Massenphänomen in einigen Regionen zwar kriegsbedingt 1945–1947 einen letzten Höhepunkt erlebte, aber in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg stark reduziert und weitgehend überwunden wurde. Entsprechend fanden sich Beispiele für Nahrungsunruhen und Hungerproteste, oft mit anderen Protestformen und Protestzielen verknüpft, in den unterschiedlichsten Teilen der Welt, und zwar nicht erst in den letzten Jahrzehnten. Sie wurden von unterschiedlichen kulturellen Traditionen und institutionellen Kontexten geprägt und unterschieden sich sehr, aber Grundformen der food riots, wie oben analysiert, traten immer wieder auf.

Doch erst seit der globalen Ernährungskrise 1972–1975, die die Preise für international gehandeltes Getreide in knapp zwei Jahren mehr als verdoppelte und besonders im subsaharischen Afrika wie in Südasien zu großer Knappheit, verbreitetem Hunger und zahlreichen Todesopfern führte, begann eine lang anhaltende Welle von nahrungs- und subsistenzbezogenen Unruhen und Protesten, die durchweg punktuell und jeweils nur für kurze Zeit auftraten und ihre Schwerpunkte in Asien, Afrika und Lateinamerika hatten, aber auch in einigen europäischen, vor allem osteuropäischen Ländern (Polen, Ungarn, Rumänien, Albanien) stattfanden.

Die Sozialwissenschaftler John Walton und David Seddon haben für den Zeitraum von 1976–1992 146 Fälle in 39 Ländern gezählt. Sie sprechen von „austerity protests“, die sich gegen schlechte Versorgung mit dem Nötigsten und steigende Preise wandten und sich sehr oft an vorausgehenden Einschränkungen staatlicher Leistungen entzündeten. Dazu

gehörten etwa regierungsseitige Kürzungen von Renten, Sozialleistungen und Subventionen für Güter des alltäglichen Bedarfs (Nahrungsmittel, Benzin, Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel), aber auch die Erhöhung von Steuern, Abgaben und Gebühren. Zu solchen Sparmaßnahmen wurden Regierungen häufig von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IMF) gezwungen, wenn sie insolvent geworden waren, internationale Kredite zur finanziellen Rettung brauchten und im Gegenzug die auf Einsparungen, Reformen und neues Wirtschaftswachstum setzenden Auflagen der Kreditgeber zu erfüllen hatten. Deshalb sprechen manche Sozialwissenschaftler auch von „IMF riots“. Neben Behörden, Parlamenten und Politikern der jeweiligen Staaten wurden auch Supermärkte, Bekleidungs- und Nahrungsmittelgeschäfte, Luxushotels oder Tankstellen zu Angriffszielen von Massenprotesten. Unterschiedliche Formen traten auf und mischten sich: Streiks, Demonstrationmärsche, Tumulte, Plünderungen und gewaltsame Auseinandersetzungen mit Polizei und Militär – Aktionen, die aus der Geschichte der klassischen food riots bekannt sind, einschließlich der Forderung nach gerechten Preisen, moralischer Ökonomie und menschenwürdigem Leben.

Zumeist wurden solche Proteste von einem bunten, unorganisierten Querschnitt städtischer Unterschicht-Existenzen getragen (Frauen und Männer, Slumbewohner, Arbeitsleute, Arbeitslose, Straßenverkäufer etc.), in wechselnden Allianzen mit Studenten und Lehrern, Angestellten des öffentlichen Diensts, Ladenbesitzern, Gewerkschaften, Vereinen und kirchlichen Gruppen verbunden. Die meisten Unruhen und Proteste dieser Art fanden die Sozialwissenschaftler in Peru, Chile, Bolivien, Tunesien, Marokko, Ägypten, Brasilien, der Dominikanischen Republik, Argentinien und Sambia. Durchweg

fanden sie in ausgesprochenen Knappheitsregionen statt, wo Armut verbreitet war. Eine strikte Korrelation zwischen der Tiefe der Not und der Häufigkeit der Proteste bestand jedoch nicht, viel hing von den institutionellen, kulturellen und politischen Kontexten ab.

Die Proteste waren in der Regel nicht wirkungslos. Nachdrücklich führten sie die soziale Asymmetrie der Wirkungen der üblichen Sparpolitik vor, die die kleinen Leute viel tiefer traf als die Wohlhabenden. Sie erhöhten die politischen Kosten solcher Reformpolitik. Sie führten oft zur Abmilderung oder auch zum temporären Abbruch des Sparkurses, bisweilen auch in politische Krisen, in deren Verlauf Regierungen zurücktraten oder gestürzt wurden, so im Sudan und in der Türkei, den Philippinen, Haiti und Polen – wobei durchweg auch andere Faktoren eine Rolle spielten.

Als „Arabischen Frühling“ oder „Arabellion“ bezeichnet man die Serie von Protesten, Aufständen und Revolutionen, die seit Dezember 2010 die Staatenwelt Nordafrikas und des Vorderen Orients erschütterten, tiefgreifend veränderten und in ihren Ausläufern auch heute noch wirken, wie zum Beispiel im syrischen Bürgerkrieg, der mittlerweile zum Ort weltpolitischer Auseinandersetzungen geworden ist und auch angrenzende Regionen destabilisiert. Diese Umbrüche hatten mehrere Ursachen. Meistens erinnern wir uns ihrer nicht als Hungeraufstände, sondern als politischer Umwälzungen, die die erhoffte Demokratisierung zumeist verfehlt und die politischen Spannungen in der Region erheblich verschärft haben. Aber vorbereitet wurde die „Arabellion“ durch soziale Bewegungen, in denen Proteste gegen steigende Nahrungsmittelpreise und schlechte Versorgung mit Grundnahrungsmitteln eine sehr große Rolle spielten. Man muss wissen, dass die Staaten des Vorderen Orients und des nördlichen Afrika mehr

als die meisten anderen von importierten Nahrungsmitteln leben. Die meisten arabischen Länder kauften zwischen 2007 und 2010 mehr als die Hälfte ihres Nahrungsmittelverbrauchs im Ausland. Hinzu kam, dass in den Jahren ab 2007 die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel erheblich anzogen. In Ägypten stiegen die Preise für Massennahrungsmittel zwischen 2008 und 2010 um 30 bis 40 %. Für alle ärmeren Haushalte, die weit mehr als die Hälfte ihres Einkommens ausschließlich für Zwecke der Ernährung verwenden müssen, bedeutete dies eine katastrophale Verarmung und sehr häufig Hunger, wofür sie ihre Regierungen verantwortlich machten, wie aus Meinungsumfragen bekannt ist. Man muss schließlich wissen, dass diese Preissteigerungen eine Welle von Subsistenzunruhen und Hungerprotesten auslösten, beispielsweise in Bahrain, Jemen, Jordanien, Ägypten und Marokko im Jahr 2008. In all diesen Ländern brachen drei Jahre später Unruhen und Aufstände aus, die sich gegen die autokratischen Herrscher wendeten und auf politischen Umsturz zielten. Zweifellos, in den Kämpfen des „Arabischen Frühlings“ ging es um sehr viel mehr als um knappe Nahrungsmittel und zu hohe Preise. Die losbrechenden Massenbewegungen attackierten verbreitete Arbeits- und Perspektivlosigkeit, ausgeprägte Ungleichheit und eine Politik, die nicht mehr lieferte, was man von ihr erwartete und die geforderte Reformen in die eine oder andere Richtung verweigerte. Religiöse Motivationen spielten beim Aufstand gegen säkulare Potentaten eine große Rolle. Konflikte resultierten aus konkurrierenden regionalen und Stammesloyalitäten. Die repressiven Methoden in Frage gestellter staatlicher Herrschaft führten zur Intensivierung der Proteste und Aufstände. Aber der Protest gegen hohe Preise, Nahrungsmittelknappheit und Hunger war durchaus präsent, er fiel ins Gewicht, er wirkte als Grund-

strömung und Verstärker mit. Es lässt sich im Einzelnen verfolgen, wie hunger-, nahrungs- und versorgungsbezogene Proteste allmählich in Bewegungen übergingen, die dann breitere Forderungen nach politischen und sozialen Veränderungen stellten. Food riots blieben ein wichtiger Strang im komplexen und sich wandelnden Gemisch der Protestformen und -ziele. „Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit“ – das sei der hauptsächliche Kampf der Revolution, schrieb ein unabhängiger ägyptischer Journalist mit guter Kenntnis der Bewegungen im Jahr 2011. Die sozialwissenschaftliche Analyse bestätigt ihn (Bohstedt 2014, S. 20; Berazneva/Lee 2013). Wenn sich Hungerproteste und Subsistenzunruhen sehr oft nicht primär gegen den Mangel an Nahrung, sondern gegen Exklusion und Ungleichheit beim Zugang zur Nahrung und gegen die dem zugrunde liegenden gesellschaftlich-politischen Machtverhältnisse wandten, so geschah dies nicht ohne tieferen Grund. Wie Amartya Sen auf dem Hintergrund historischer Erfahrungen mit Hunger in Indien schrieb: „Starvation is the characteristic of some people not having enough food to eat. It is not the characteristic of there being not enough food to eat.“ (Sen 1983, S. 1) Angesichts der immensen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität in den letzten Jahrzehnten hat die These jedenfalls viel für sich, dass der fortdauernde Hunger in der Welt sehr viel mehr aus der defizitären Verteilung von Nahrungsmitteln als aus deren absolutem Mangel resultiert.

V.

Heutige Proteste gegen Nahrungsmangel, steigende Preise und schlechte Versorgung werden von sehr viel umfangreicheren crowds getragen als die europäischen food riots des 18. und frühen 19. Jahrhunderts. Während damals oft der verzweifelte Protest gegen den schieren Mangel an Nahrung im Vordergrund stand, konzentriert sich die Wut der Aufständischen in heutigen Knappheits- und Hungerregionen vor allem auf nicht erschwingliche Preise. Es geht nun eher um Verteilung als um Mangel. Während im 18. und 19. Jahrhundert eindeutig um den Zugang zu Nahrungsmitteln gekämpft wurde, beziehen heutige Subsistenz-Proteste die Knappheit und die steigenden Preise anderer Waren mit ein, zum Beispiel Benzinpreise, die Kosten der Benutzung öffentlicher Transportmittel, erhöhtes Schulgeld etc. Die Erstreckung von food riots war im 18. und 19. Jahrhundert meist lokal begrenzt, heute erreichen sie rasch umfangreichere Dimensionen auf der nationalen Ebene und mit transnationalen Verflechtungen. Die Informationsdichte und -geschwindigkeit haben enorm zugenommen, und mit ihr die alles durchdringende Medialisierung aller Vorgänge, die den Charakter der Proteste verändert und ihre symbolische, expressive und theatralische Dimension aufwertet – und den Zusammenhang zwischen ihnen über regionale Distanzen hinweg verstärkt. Zwar forcierte auch früher der Protest gegen Knappheit und Unerschwinglichkeit die Empörung auf die als verantwortlich geltenden Herrschenden, aber in der Gegenwart hat der Protest gegen politische Instanzen und politisches Personal eindeutig den Vorrang gewonnen. Die Verflechtung der sozialen Ökonomie und der Politik ist gegenwärtig ungleich dichter, evidenter als früher; das spiegelt sich auch in den Erwartungen der Be-

völkerung und ihren Protesten. Die Politisierung der riots ist leichter und wahrscheinlicher geworden, ihre Isolierbarkeit geringer. Noch rascher als früher verbinden sich nahrungs- und hungerbezogene Proteste mit Protesten gegen andere Missstände, verknüpfen sich Forderungen nach niedrigeren Preisen mit solchen nach höheren Löhnen und führt das Streben nach besserer Versorgung zu Forderungen nach sozialen und politischen Veränderungen anderer Art. Hungerproteste und Nahrungsunruhen treten oft eingebettet auf, eingebettet in komplexere Forderungskataloge und multidimensionale soziale Bewegungen.

Dieser Vortrag ist dem Zusammenhang von Hunger und Protest im Wandel der Zeit an ausgewählten Beispielen nachgegangen. Es wurde gezeigt, dass dieser Zusammenhang unter unterschiedlichen Bedingungen unterschiedliche Qualität besaß und besitzt, aber andererseits über die Jahrhunderte wirksam gewesen ist und wirksam bleibt. Hunger ist die Verletzung eines menschlichen Grundbedürfnisses. Er hatte und hat eine existenzielle Dimension. Zugleich stellt er, falls massenhaft auftretend, eine dringende gesellschaftliche Herausforderung dar, die leicht zum politischen Problem wird und bis heute zur Auslösung und Dynamik kleinerer und größerer Umbrüche beitragen kann.

Doch sei abschließend betont, dass Hunger häufig nicht zu Protest geführt hat und führt. In großen Hungerkrisen reagierten und reagieren die Betroffenen meist eher mit Abwanderung statt mit gemeinsamem Protest vor Ort, wie sich paradigmatisch an der großen irischen Hungersnot 1845–1847 und der aus ihr hervorgehenden Massenauswanderung nach Nordamerika zeigte. Dieser Zusammenhang zwischen massenhaftem Hunger und „exit“ statt „voice“ – um Albert Hirschmans Vokabular zu benutzen – zeigt sich auch an den

Flüchtlingsströmen der Gegenwart, die aus Gebieten des Mangels, des Hungers und der Zerstörung in Afrika und Asien in Richtung Europa unterwegs sind. Überdies: Hunger mobilisiert häufig nicht, sondern schwächt und macht apathisch. Er trägt per se nicht zur Solidarisierung der Hungernden bei, sondern oftmals zu ihrer Vereinzelung, was beispielsweise an den Leiden der Häftlinge von nationalsozialistischen Konzentrationslagern untersucht worden ist, wo Hunger wie so oft in der Geschichte als Waffe der Unterdrückung und Vernichtung eingesetzt worden ist.

Das Leiden der Vielen an Hunger, Unterversorgung und Mangel führte vor allem dann zum Protest, wenn es mit Zorn über beobachtete Ungleichheit Hand in Hand ging, wie am Beispiel des Ersten Weltkriegs besonders deutlich geworden ist. Zunehmende sichtbare Ungleichheit der Einkommen, Versorgungs- und Lebenschancen macht es wahrscheinlicher, dass aus Hunger Protest entsteht. Das Leiden der Vielen an Hunger, Unterversorgung und Mangel führte zum anderen am ehesten dann zum kollektiven Protest, wenn es als Ergebnis der Verletzung politischer Verantwortung und moralischer Grundsätze erfahren und dargestellt werden konnte. Daraus ergab sich das so oft bezeugte gute Gewissen der Teilnehmer von Nahrungsprotesten, auch wenn diese Recht brachen und Gewalt anwendeten. Und damit hing schließlich zusammen, dass Hunger- und Nahrungsproteste immer wieder rasch zu Protesten gegen politische Instanzen – Herrschaften, Magistrate, Regierungen, Staaten – geworden sind. Wenn aus Mangel und Hunger Proteste wurden, ging es aus beiden Gründen – Ungleichheit und politische Verantwortung – sehr oft zugleich um grundsätzliche Fragen der Gerechtigkeit. Aus sich selbst heraus bewegt das Leiden an Hunger und Mangel wenig, so bedrückend und vernichtend es auch oft-

mals war und ist. Per se führt es nicht zu Protesten, erst recht nicht zu nachhaltigen sozialen Bewegungen und schon gar nicht zu oppositionellen Organisationen der Reform und Revolution. Es braucht vielmehr andere Gemeinsamkeiten sozialer, politischer, religiöser und ideologischer Art, aus anderen Quellen gespeiste Zusammengehörigkeit sowie entschiedene politische Gestaltung, um aus der massenhaften Erfahrung von Hunger und Mangel kollektiven Protest hervorgehen zu lassen. So wird auch verständlich, dass Proteste gegen Hunger, Unterversorgung und Mangel sehr verschiedenen politischen Zwecken dienstbar gemacht werden können und aus sich heraus nicht bestimmen, was sie auf welches Ziel hin bewegen. Hungerproteste sind politisch polyvalent: Sie konnten in Europa lange vorwiegend unter linkem Vorzeichen politisiert werden; 1919–1923 speisten sie rechtsextreme Kritik an der jungen Weimarer Demokratie; sie können heute in der islamischen Welt mit politisch-religiösen Bewegungen verknüpft werden. Als eingebettete Elemente, Grundströmungen und Triebkräfte unterschiedlichster Unruhen, Bewegungen und Umstürze sind sie weiterhin mächtig.

Benutzte und weiterführende Literatur:

Zum 18. und 19. Jahrhundert: Wilhelm Abel, Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa, Hamburg 1974; Eric J. Hobsbawm, Primitive Rebels: studies in archaic forms of social movements in the 19th and 20th centuries, New York 1959; Edward P. Thompson, Plebejische Kultur und Moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Frankfurt/Main 1980. – Grundlegend für Deutschland: Manfred Gailus/Heinrich Volkmann (Hg.), Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990, Opladen 1994, darin neben der Einleitung der Herausgeber vor allem: John Bohstedt, Moralische Ökonomie und historischer Kontext (S. 27–51: Kritik an Thompson); Manfred Gailus, Hungerunruhen in Preußen (S. 176–199); Martin H. Geyer, Teuerungsprotest und Teuerungsunruhen 1914–1923. Selbsthilfegesellschaft und Geldentwertung (S. 319–345); Herbert Obenaus, Hunger und Überleben in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern (1938–1945) (S. 361–376); Hans Medick, Teuerung, Hunger und „Moralische Ökonomie von oben“. Die Hungerkrise der Jahre 1816–17 in Württemberg, in: Beiträge zur historischen Sozialkunde 2/1985, S. 39–44; zur allmählichen Überwindung von Armut und Hunger in Europa während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Jürgen Kocka, Arbeiterleben und Arbeiterkultur. Die Entstehung einer sozialen Klasse, Bonn 2015, Kap. 2; Thomas Lindenberger, Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914, Bonn 1995. – Zu Weltkrieg und Weimarer Republik: Neben dem genannten Aufsatz von Martin H. Geyer auch Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg 1914–1918, Göttingen 1973, bes. S. 12–57. – Mit globaler Reichweite: John Walton/ David Seddon, Free Markets & Food Riots. The Politics of Global Adjustment, Oxford 1994; Roy Bin Wong, Les émeutes de subsistance en Chine et en Europe occidentale, in: Annales E.S.C 38/1983, S. 221–258; Yang Jisheng, Tombstone. The Great Chinese Famine, 1958–1962, New York 2008; Matthias Middell/Felix Wemheuer (Hg.), Hunger and Scarcity under State-Socialism, Leipzig 2012; Manfred Gailus, Contentious Food Politics: Sozialer Protest, Märkte und Zivilgesellschaft (18.–20. Jahrhundert). WZB Discussion Paper Nr. SP IV 2004–504, Berlin 2004; John Bohstedt, Food Riots and the Politics of Provisions (= IDS Working Paper 444), 2014; Julia Berazneva/David R. Lee, Explaining the African food riots of 2007–2008: An empirical analysis, in: Food Policy 39/2013, S. 28–39. – Allgemein zu sozialen Protesten und Bewegungen: Manfred Gailus, Artikel „Crowds in History“, in: International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences, 2. Aufl., Amsterdam 2015, Bd. 5, S. 361–366; Abby Peterson, Artikel „Social Protest“, in: ebd., Bd. 22, S. 506–511. – Zur Verbreitung des Hungers und seinen Ursachen: Michael Brüntrup, Welthunger und Welternährung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 49/2015, S. 6–19. In diesem Heft, das dem Thema „Hunger“ gewidmet ist, finden sich weitere einführende Beiträge, u. a.: Christian Gerlach, Hunger in der Geschichte des 20. Jahrhunderts (S. 20–26); Amartya Sen, Poverty and Famines, Oxford (1981) 1983; James Vernon, Hunger. A Modern History, Cambridge 2007; Stephen Devereux (Hg.), The New Famines. Why famines persist in an era of globalization, London 2007.

Ich danke Manfred Gailus, Hans Medick und Jürgen Schmidt für wichtige Anregungen, Lilly Kempf für Hilfe bei der Recherche.

Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte



Blick in Raum 1 der Dauerausstellung.

Die Stiftung zu Ehren des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert (1871–1925) wurde am 19. Dezember 1986 durch Bundesgesetz errichtet. Die bundesunmittelbare Stiftung öffentlichen Rechts mit Sitz in Heidelberg hat nach dem Gründungsgesetz die Aufgabe, „das Andenken an den ersten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert zu wahren und einen Beitrag zum Verständnis der deutschen Geschichte seiner Zeit zu leisten“.

Die von der Stiftung unterhaltene Gedenkstätte, das Friedrich-Ebert-Haus in Heidelberg, wurde am 11. Februar 1989, dem 70. Jahrestag der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten, eröffnet. Herzstück ist als authentischer Ort der Geschichte die kleine Wohnung, in der Friedrich Ebert am 4. Februar 1871 als siebtes von neun Kindern eines Schneidermeisters geboren wurde. Daneben zeichnet die 2007 eröffnete neue Dauerausstellung „Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten – Friedrich Ebert (1871–1925)“ den Weg des sozialdemokratischen Parteiführers an die Spitze der ersten deutschen Demokratie nach. Der ungewöhnliche Lebensweg vom Sattler zum Staatsoberhaupt wird in die Geschichte seiner von Umbrüchen gekennzeichneten Zeit eingebettet: vom Kaiserreich über den Ersten Weltkrieg bis in die Anfangsjahre der von ihm mitbegründeten Weimarer Republik. Die Stiftung betreibt eigene For-

schungen über Friedrich Ebert und zu zentralen Fragen seiner Zeit und regt hierzu wissenschaftliche Untersuchungen an.

Mit einem vielschichtigen Veranstaltungsangebot hat sich das Friedrich-Ebert-Haus in der Heidelberger Pfaffengasse 18 als ein lebendiger Lernort deutscher Demokratiegeschichte etabliert. Das zeigt sich in einer stetig wachsenden Zahl von Besuchern, in der anerkannten Forschungs- und Publikationstätigkeit sowie in der Vielzahl und in der Bandbreite ihrer politisch-historischen Bildungsaktivitäten, vor allem mit Schülerinnen und Schülern. Die Besucherzahlen der Gedenkstätte haben sich mit rund 65.000 pro Jahr auf hohem Niveau eingependelt. Die Stiftung unterhält weiterhin drei durch die Republik reisende Wanderausstellungen: über Friedrich Ebert und seine Zeit, über die Weimarer Reichskanzler und über den Reichspräsidenten in der Karikatur.

Die Stiftung trägt auf diese vielfältige Weise dazu bei, die Erinnerung an den großen Sozialdemokraten und Staatsmann wachzuhalten, der als Gründer und Garant der Weimarer Republik einer der Wegbereiter der modernen deutschen Demokratie ist.



Friedrich-Ebert-Haus in der Pfaffengasse mit Aufgang zur Geburtswohnung.

Friedrich-Ebert-Haus, Pfaffengasse 18, Heidelberg

Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10–18 Uhr, Donnerstag 10–20 Uhr. Der Eintritt ist frei. Kostenlose Führungen für Gruppen durch die ständige Ausstellung und Sonderausstellungen nach Vereinbarung. Das Haus ist barrierefrei.